

DREI JAHRE CHRISTLICH-LIBERALE KOALITION 12 FRAGEN UND ANTWORTEN



9. Wie kommt die Energiewende voran?

Die Bundesregierung will bis 2022 ganz auf Strom aus Kernkraftwerken verzichten und setzt auf den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie auf den Bau moderner Gaskraftwerke. Dafür wird die christlich-liberale Koalition die richtigen ökonomischen Anreize setzen.

Erste Erfolge zeichnen sich ab. Die Produktion von Wind- und Solarstrom lag Anfang 2012 um bis zu 40 Prozent höher als im Vorjahr. Gleichwohl müssen noch Windkraftanlagen, Speicherkraftwerke und hocheffiziente Gaskraftwerke gebaut werden. Mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Netzausbaus soll sichergestellt werden, dass der Strom zu den Kunden kommt (Bundestagsdrucksache 17/6073).

10. Wie wird für die Sicherheit der Menschen in Deutschland gesorgt?

Mit der Verlängerung der Antiterrorgesetze hat die christlich-liberale Koalition dafür gesorgt, dass die Sicherheitsbehörden weiterhin mit aller Härte gegen Terroristen vorgehen können. Mit der Einführung der Visa-Warndatei unterbindet sie gezielt die illegale Einreise.

Gewaltbereite Rechtsextremisten werden künftig in einer eigenen Datei registriert. So können die Sicherheitsbehörden sie leichter im Blick behalten. Mit der Einführung eines Warnschussarrestes wird verhindert, dass einmal straffällig gewordene Jugendliche für immer in die Kriminalität abgleiten (Bundestagsdrucksache 17/9389).

DREI JAHRE CHRISTLICH-LIBERALE KOALITION 12 FRAGEN UND ANTWORTEN

11. Warum wird die Bundeswehr umgebaut?

Die Bedrohungslage in Europa und der Welt hat sich gewandelt. Mit der Reform passt die christlich-liberale Koalition die Bundeswehr den neuen Herausforderungen an. Die Struktur der Bundeswehr wird dabei so gestaltet, dass sie alle ihre Aufgaben optimal erfüllen kann – von der Landesverteidigung bis zu Kriseneinsätzen weltweit. Dies ist auch mit einer geringeren Truppenstärke möglich (Bundestagsdrucksache 17/9340).

Da ohnehin nur noch jeder dritte Wehrpflichtige eingezogen wurde, hat die Koalition die Wehrpflicht ausgesetzt. Junge Menschen werden nun eingeladen, freiwillig Wehrdienst zu leisten. Als Ersatz für den Zivildienst wurde der Bundesfreiwilligendienst eingeführt. Dort können sich Männer und Frauen jeden Alters engagieren.

12. Was heißt wertegebundene Außenpolitik?

Die christlich-liberale Koalition bekennt sich zur weltweit uneingeschränkten Geltung der Menschenrechte. Die Menschenrechtspolitik durchzieht ihre Außen- und Sicherheitspolitik wie ein roter Faden. Die Koalition tritt deshalb vehement für die Religionsfreiheit ein, die in vielen Ländern noch immer nicht gewährt wird.

Im Deutschen Bundestag hat die Unionsfraktion auf die Lage der bedrängten und verfolgten Christen aufmerksam gemacht (Bundestagsdrucksache 17/9185). In Gesprächen mit ausländischen Regierungen und den Vereinten Nationen wirbt sie für konkrete Verbesserungen.



>>> CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Herausgeber:

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Parlamentarische Geschäftsführer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 030/2 27-5 53 74
Telefax: 030/2 27-5 01 46
fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Bürgerinformation:

Telefon: 030/2 27-5 55 50
fraktion@cducsu.de

Stand: Juni 2012

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Fotos: Bundesregierung/Guido Bergmann, Bundesumweltministerium/Udo Paschedag, Tobias Toko Koch, CDU-CSU/Ulrich Scharlack, fotolia/Alexander Rath

>>> FÜR DEUTSCHLAND UND EUROPA DREI JAHRE CHRISTLICH-LIBERALE KOALITION



DREI JAHRE CHRISTLICH-LIBERALE KOALITION

12 FRAGEN UND ANTWORTEN

1. Macht sich die Stabilitätspolitik der christlich-liberalen Koalition bezahlt?

Deutschland hat seinen Stabilitätscurs gehalten und steht nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise gut da – besser als die meisten anderen Staaten. Nach dem Wirtschaftseinbruch von 5,1 Prozent im Jahr 2009 sind die Wachstumsraten 2010 auf 3,7 Prozent und 2011 auf 3,0 Prozent emporgeschwungen. Die Wirtschaftsleistung ist mit einem Wert von 2.570 Milliarden Euro so stark wie nie zuvor (Bundestagsdrucksache 17/8359).

2. Wie wird Europa krisenfest?

Mit massiven Anstrengungen ist es gelungen, die Ausweitung der Schuldenkrisen in Irland, Portugal und Griechenland auf andere Staaten Europas zu verhindern. Der zunächst vorläufige und nun der permanente Euro-Rettungsschirm stabilisieren die notleidenden Staaten und schützen vor Ansteckungsgefahren (Bundestagsdrucksache 17/9045).

Im Fiskalpakt, für den Bundeskanzlerin Angela Merkel so energisch geworben hat, verpflichten sich die 25 unterzeichnenden EU-Staaten, Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild einzuführen (Bundestagsdrucksache 17/9046). Denn Solidarität und Haushaltsdisziplin gehören bei der Bewältigung der Schuldenkrise untrennbar zusammen. Um das Wachstum anzukurbeln, müssen gleichzeitig Strukturreformen in die Wege geleitet werden. Neue Ausgabenprogramme sind der falsche Weg.



3. Wie weit ist Deutschland bei der Haushaltskonsolidierung vorangekommen?

Deutschland hat inzwischen beste Chancen auf einen ausgeglichenen Haushalt schon 2014. Der Kurs der christlich-liberalen Koalition, den Haushalt zu konsolidieren und gleichzeitig das Wachstum zu stärken, hat sich in den vergangenen drei Jahren als Erfolg erwiesen. Bei ihren Konsolidierungsmaßnahmen achtet die Koalition darauf, dass sie die Konjunktur nicht abwürgt. Die Ausgaben steigen langsamer als Einnahmen und Wirtschaftswachstum. Die Staatsausgaben werden so umgeschichtet, dass sie Wachstum fördern. Gleichzeitig verzichtet die Koalition auf Steuererhöhungen (Bundestagsdrucksache 17/3030).

4. Wie werden die Finanzmärkte reguliert?

Die Finanzkrise darf sich nicht wiederholen. Seit 2010 hat die christlich-liberale Koalition dazu eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen. So wurden frühzeitig sogenannte Leerverkäufe verboten, mit denen Anleger auf fallende Kurse wetten. Mit dem Restrukturierungsgesetz hat die Koalition die geordnete Abwicklung kriselnder Großbanken ermöglicht, so dass der Staat nicht mehr zu ihrer Rettung einzuspringen braucht (Bundestagsdrucksache 17/3024).

Gestärkt wurde auch die Finanzaufsicht. Auf internationaler Ebene treibt die Koalition mit dem Regelwerk Basel III gemeinsame Standards für die Eigenkapitalausstattung von Banken voran. Außerdem bemüht sie sich um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa.

5. Kommt der Aufschwung bei den Menschen an?

In der Wirtschaftskrise konnten dank Kurzarbeitergeld die Facharbeiter in den Betrieben gehalten werden. Nach der Krise, als die Aufträge allmählich wieder anziehen, war Deutschland daher gut aufgestellt. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit mit rund drei Millionen auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gefallen. Besonders Langzeitarbeitslose profitieren von dem Aufschwung. Und viele Staaten in Europa bewundern die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland.

Im Aufschwung steigen endlich auch wieder Löhne und Renten. Leistungsfeindliche Elemente des deutschen Steuersystems wie die sogenannte kalte Progression will die christlich-liberale Koalition entschärfen. Es darf nicht sein, dass hart erarbeitete Lohnsteigerungen von Inflation und Steuern aufgeessen werden (Bundestagsdrucksache 17/8683).

6. Meistert Deutschland den demografischen Wandel?

Deutschland steht angesichts des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen. Eine Arbeitsgruppe der christlich-liberalen Koalition widmet sich den Auswirkungen, die die Alterung der deutschen Gesellschaft auf die ländlichen Räume hat. Denn auf dem Land muss das Leben lebenswert bleiben.

So ist dort eine flächendeckende Breitbandversorgung unverzichtbar. Die Koalition gewährleistet außerdem eine wohnortnahe Versorgung der Patienten, indem sie es für Ärzte attraktiver macht, sich auf dem Land niederzulassen (Bundestagsdrucksache 17/6906).

Starke ländliche Räume brauchen starke Kommunen. Deshalb stellt die Koalition die Leistungsfähigkeit der Kommunen, die in der Krise arg gelitten hat, wieder her. So entlastet der Bund die Städte, Gemeinden und Kreise bei den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bis 2014 um 12,3 Milliarden Euro. Ab 2014 trägt der Bund die Kosten voll.

7. Welche Fortschritte macht die Bildungsrepublik Deutschland?

Wenn Deutschland weiter im Wohlstand leben will, muss der Wissens- und Innovationsvorsprung erhalten bleiben. Aus diesem Grund steigert die christlich-liberale Koalition die Investitionen des Bundes in Bildung und Forschung – bis zum Jahr 2013 um zwölf Milliarden Euro. Mit dem Hochschulpakt II schafft sie bis 2015 zudem 315.000 zusätzliche Studienplätze. Außerdem gibt sie den Forschungsinstituten mehr Spielraum bei der Verwendung staatlicher Gelder.

8. Wie steht es um die sozialen Sicherungssysteme?

Wann hat es das je gegeben? Die Politiker machen sich Sorgen, weil die Sozialversicherungen Überschüsse aufweisen. Die Stabilisierung der umlagefinanzierten Sozialsysteme in Deutschland hat also Wirkung entfaltet. Während private Rentenfonds zur Altersvorsorge an Wert verloren, ist die gesetzliche Rentenversicherung ein Hort der Stabilität. Die für 2011 prognostizierte finanzielle Schieflage im Gesundheitswesen ist abgewendet. In der Pflege werden sogar Mehrleistungen für Demenzerkrankte in Höhe von 1,1 Milliarden Euro finanziert. Das war ein besonderes Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Bundestagsdrucksache 17/9369).

Die Einnahmeseite der Sozialversicherung hat sich nicht zuletzt dadurch verbessert, dass immer mehr Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen.

